

Meldungen

zusammengestellt von Thomas Ruttig

Krieg fand nicht statt

Ohne den befürchteten Krieg endeten am 2. November die Massenmanöver der iranischen Armee sowie von 'Pasdaran'-Einheiten (Revolutionswächtern) nahe der afghanischen Grenze. Nach der Entführung und Ermordung mehrerer iranischer Diplomaten durch die Taleban hatte Iran bis zu 270.000 Mann mit schwerer Bewaffnung zum Manöver 'Zulfeqar-2' in die Grenzregion verlegt und mit scharfer Munition Angriffe auf Ziele jenseits der Grenze simulieren lassen. Dies hatte Befürchtungen genährt, daraus könne sich ein iranischer Einmarsch oder Vergeltungsaktionen entwickeln. Der kommandierende General Ali Schahbazi zeigte sich anschließend zufrieden mit der Übung. Brigadegeneral Fazlollah Schahinrad vom Manöverstab kündigte an, daß die teilnehmenden Truppen "an der Ostgrenze bleiben, so lange die Sicherheitssituation in dem Gebiet unklar bleibt".

Die Taleban hatten zuvor geheime Kontakte mit Iran zugegeben. Sie waren vom Afghanistan-Beauftragten der UNO, Lakhdar Brahimi, vermittelt worden. Er hatte auch für die Freilassung der letzten 26 iranischen Geiseln durch die Taleban gesorgt. Mullah Abdul Hakim Munib, Sekretär ihres Grenzministeriums teilte mit, mindestens zwei hochrangige Delegationen hätten Teheran besucht, um den Konflikt beizulegen. Dazu hätten u.a. der Gouverneur von Mazar-i Sharif, Mullah Abdul Mannan Niazi, und Innenminister Mullah Khairullah Khairkhwa gehört. Als Vermittler beteiligten sich auch die Organisation Islamische Konferenz und der Sondergesandte von PLO-Chef Arafat, Muhammad Khader, der mit Taleban-Chef Mulla Omar verhandelte.

Militärische Rückschläge für Taleban

Taleban-Gegner Ahmad Shah Masud hat Ende Oktober bei Offensiven an fünf Fronten in Nordost-Afghanistan die Provinzhauptstadt Taloqan, früher Ausweichhauptquartier seiner Allianz, von den Taleban zurückerobert. Auch um die Stadt Imam Saheb, ein wichtiger Grenzübergang zu Tadjikistan, war umkämpft.

Masud versuchte, weiter auf die westlich benachbarte Provinzhauptstadt Kunduz vorzurücken. Masuds Angaben zufolge hätten die Taleban dabei über 1.000 Kämpfer verloren. Bei ihrem Rückzug verschleppten die Taleban in Taloqan und im Andarab-Tal fast 800 Männer als Geiseln. Ende September fielen einem Raketenangriff Masuds auf Kabul 66 Zivilisten zum Opfer.

Echo von Srebrenica

"Am dritten Tag sperrten die Taleban die Straßen und durchsuchten jedes Haus nach Hazaras", berichtet ein Einwohner der nordafghanischen Stadt Mazar-e Sharif, ein Tajike. "Wir wurden alle auf Lastwagen verladen (...). Auf unserem Wagen waren noch zwei Hazara-Jungen. Als wir in der Nähe des Zollamts stoppten, wurden die beiden Hazara heruntergeholt, und man sagte ihnen, sie sollten auf den Platz hinter dem Zollamt gehen. Ein Taleban-Soldat stieß sie vorwärts und schoß ihnen dann in den Kopf." Dies ist nur ein Fall von vielen, den die US-Menschenrechtsorganisation 'Human Rights Watch' (HRW) in afghanischen Flüchtlingslagern in Pakistan über den Fall der Stadt am 8. August sammelte, nach dem die Taleban gezielte Massenexekutionen vornahm. Augenzeugen berichteten zudem erneut über Entführungen und Vergewaltigungen von Frauen. "Mindestens 2.000 Menschen könnten in der Stadt getötet worden sein", heißt es in dem Ende Oktober veröffentlichten Bericht "Das Massaker von Mazar-i Sharif", "und möglicherweise noch viel mehr". Für HRW ist das "einer der schlimmsten Einzelfälle von Morden an Zivilisten in Afghanistans 20 Jahre langem Krieg". Die Organisation präzisiert damit Berichte, die 'amnesty international' bereits Anfang September verbreitet hatte. Darin war von "mehreren tausend" Opfern die Rede. Ende Oktober hielten die Taleban HRW zufolge zudem noch immer 4.500 Männer fest.

Bereits kurz zuvor sprach die Zeitschrift 'Asiaweek', die eigene Untersuchungen angestellt hatte, von einem "ethnischen Pogrom, in dem bis zu 6.000 Menschen abgeschlachtet sein worden könnten". Sie zitiert einen hohen UN-Beamten, er habe in Mazar-i

Sharif "Echos von Srebrenica" wahrgenommen. Es sei noch kein Genozid gewesen, "aber nicht weit davon entfernt". Die Londoner 'Sunday Times' berichtete dann von 8.000 Mordopfern. Die Zahlenangaben tauchen auch in einem Bericht des UN-Sonderberichterstatters für Menschenrechte in Afghanistan, Choong-Hyun Paik, auf, der Anfang November veröffentlicht wurde.

Die Massaker richteten sich besonders gegen die ethnische und religiöse Minderheit der Hazara. Im Gegensatz zur sunnitischen Bevölkerungsmehrheit, etwa 80 Prozent der Afghanen, gehören sie dem schiitischen Islam an. Durch ihre meist mongolischen Gesichtszüge unterscheiden sie sich auch äußerlich von den meisten anderen Afghanen. Die Hazara bildeten als doppelte Minderheit seit ihrer Einverleibung in den afghanischen Staat Ende letzten Jahrhunderts die unterste Stufe der sozialen Hierarchie. Erst während des antisowjetischen Befreiungskampfes konnten sie sich ansatzweise emanzipieren - eine Entwicklung, die die Taleban zurückdrehen wollen. Neben innerafghanischem Rassismus war bei den Taleban-Massakern auch Rache im Spiel. Die von Iran unterstützte Hazara-Kampforganisation 'Hezbe Wahdat' hatte den Taleban Mitte 1997 in Mazar eine schmachvolle Niederlage bereitet. Anschließend waren 2.000 gefangene Taleban abgeschlachtet worden. Dafür wird allerdings der afghano-usbekische Warlord Abdul Malik verantwortlich gemacht.

Voller Text des Berichts im Internet unter: www.hrw.org.

"Schlächter von Mazar" bei der UNO

Begleitet von heftigen Protesten der Taleban hat der afghano-usbekische Warlord General Abdul Malik Pahlawan Anfang November in New York und Washington hohe Beamte der USA und der UNO getroffen, darunter Kofi Annans Afghanistan-Sonderbeauftragten Lakhdar Brahimi. Dabei sei es um die "Widerherstellung des Friedens" gegangen. Die Taleban werfen Malik vor, er habe im Sommer 1997 etwa 2.000 Taleban-Kriegsgefangene massakriert. Die Massengräber waren nach der Besetzung der Stadt durch die Taleban im

August 1998 gefunden und auch von der UNO untersucht und bestätigt worden. Malik stritt die Vorwürfe erneut ab; die Toten seien während der Kämpfe umgekommen. Dagegen spricht, daß viele der Leichen gefesselt waren. Abdul Malik war später nach Iran geflohen, die Taleban verlangten seine Auslieferung und schlugen einen Austausch gegen die in Mazar gefangengenommenen iranischen Diplomaten vor. Diese Affäre hatte beinahe einen Krieg beider Seiten ausgelöst. Iran hat Malik jetzt offenbar zum Verlassen des Landes genötigt. Vor seiner USA-Reise war er im Panjshir-Tal nördlich von Kabul, beim Taleban-Gegner Ahmad Schah Masud, aufgetaucht und hatte sich wieder dessen Nord-Allianz angeschlossen.

Interne Spannungen bei Taleban

Über einen Taleban-internen Putschversuch berichtete Anfang November die pakistanische Zeitung 'Frontier Post' (Peshawar). 60 Personen, die nach einem Umsturzversuch in Kabul festgenommen wurden, seien zu weiteren Verhören in das Hauptquartier der Bewegung im südafghanischen Kandahar geflogen worden. Bei ihnen handele es sich vor allem um einflußreiche Stammeschefs und frühere Mujahedin-Kommandanten, darunter Abdul Malik Safi, bis dahin Gouverneur einer Provinz, und Haji Basir Mahmud, sowie Jehandad, unter dem König (bis 1973) Mitglied des afghanischen Parlaments. Der Bericht der 'Frontier Post' wurde bisher nur von der ebenfalls in Peshawar ansässigen, exilafghanischen Nachrichtenagentur 'Sahar' bestätigt. Sie berichtete neben Umsturzversuchen in Kabul und Jalalabad von bewaffneten Zwischenfällen in Mazar-i Sharif.

Es handelte sich nicht um den ersten Bericht über Verschwörungen und Flügelkämpfe innerhalb der nur äußerlich homogen wirkenden Taleban-Bewegung. Schon einige Tage zuvor sollen 170 Personen in den Ostprovinzen Kunar, Laghman und Nangrahar wegen ähnlicher Anschuldigungen verhaftet worden seien. Der dort einflußreiche frühere königstreue Mujahedin-Chef Seyyed Ishaq Gailani dementierte, daß einige seiner Partei NIFA nahestehende Verhaftete in einen Umsturzversuch verwickelt gewesen seien. Ähnliches war vom früheren Kabuler Verteidigungsministers General Shahnawaz Tanai zu hören. "Weder war ich an irgendeinem Coup beteiligt noch ist einer meiner Kollegen verhaftet worden", erklärte Tanai am 21. Oktober der pakistanischen Nachrichtenagentur NNI. Allerdings bestätigte der Taleban-Gouverneur von Jalalabad, Mullah Sadre Azam, daß "frühere Kommunisten" dort geplant hätten, "Bomben zu legen und

die Gesetzlosigkeit anzufachen". Er sprach von 40 Verhafteten. Die pakistanische Presse nannte sogar die Namen zweier hoher Generale, die früher in Kabul enge Mitarbeiter Tanais gewesen waren. Ende September berichtete die 'Frontier Post' schon einmal unter Berufung auf Taleban-Quellen über einen Umsturzversuch in Kabul. Danach seien 55 Personen verhaftet worden, davon 25 frühere Armee-Offiziere und drei Generale. Wieder fielen die Namen früherer Kabuler Generale. Im Januar und im Sommer dieses Jahres kam es sogar in der Taleban-Hochburg Kandahar zu bewaffneten Auseinandersetzungen mit mehr als einem Dutzend Todesopfern. Lokale Stammesführer, frühere Mujahedin-Kommandeure, hatten sich den Zwangsrekrutierungen der Taleban entgegengestellt.

Die Taleban bestehen im wesentlichen aus vier Hauptgruppen. Da sind zum einen die Schüler der Koranschulen, die bereits in den afghanischen Flüchtlingslagern Pakistans geboren wurden und ihre eigentliche Heimat nie zuvor gesehen haben. Sie wurden mit einer haßerfüllten "Fastfood"-Variante des wahhabitischen (saudischen) Islam indoktriniert und bilden das Fußvolk der Bewegung, der sie auch ihren Namen gaben. Ihre militärischen Führer sind oft frühere Mujahedin-Kommandeure, die nach dem Fall der prokommunistischen Regimes in Kabul 1992 ihre Aufgabe als erledigt betrachteten und sich aus dem Krieg zurückgezogen. Als die Mujahedin-Chefs weitermachten, griffen sie erneut zu den Waffen, um eine "wirkliche islamische Ordnung" zu errichten. Zu ihnen gehört auch Taleban-Chef Mullah Omar. Eine dritte Gruppe bilden jene Mujahedin, die sich während des Vormarschs der Taleban auf die siegreiche Seite schlugen. Sie haben mit der Ideologie der beiden ersten Gruppen nichts zu tun, ihr Hauptanliegen ist es, ihren lokalen Einfluß zu sichern. Sie regieren heute im Namen der Taleban mehrere zentral- und nordafghanische Provinzen und stehen meist weiter in Verbindung zu ihren früheren Verbündeten in der Nordallianz - falls sich die Zeiten erneut ändern sollten. Sie bilden die größte innere Gefahr für die Taleban-Bewegung. Dazu kommen frühere Offiziere des Kabuler Regimes in ihren Reihen, deren Zahl Taleban-Gegner mit 1.500 angeben. Auch wenn das zu hoch gegriffen scheint, zeigen die jüngsten Unterdrückungsmaßnahmen wegen angeblicher oder tatsächlicher Putschversuche, daß sie einigen in der Taleban-Führung mittlerweile zu einflußreich geworden sind. Berichtet wurde auch schon von Schießereien zwischen afghanischen und pakistanischen Taleban. Außer den den pakistanischen Militärberatern - meist frühere

oder noch aktive Agenten des Geheimdienstes ISI, die für die moderne Kampfführung und Koordination der Taleban zuständig sind - kämpfen mehrere Tausend pakistanische Taleban an der Seite ihrer afghanischen Brüder. Bisher eint sie der Geist eines allerdings stark rückwärtsgewandten islamischen Internationalismus, der die Erfolge in Afghanistan auch nach Pakistan oder Kashmir zurücktragen will. Aber je mehr sich die Taleban von ihren pakistanischen Lenkern lösen und auf einen großspaschtunischen Irredentismus umschwenken, desto größer wird die Gefahr einer Spaltung auch an dieser Bruchstelle.

Streit um Usama Bin Laden

Die USA haben die Frist bis zum 20. November, die ihnen das Oberste Gericht der Taleban zur Beschaffung von Beweisen gegen den islamistischen Terroristen Usama bin Laden gesetzt hat, zurückgewiesen. Die Taleban wiederum bezeichneten dies als Versuch der USA, einen Vorwand für neue Raketenangriffe auf Afghanistan zu schaffen. Im August hatten die USA 66 Cruise Missiles auf von Bin Laden unterhaltene Ausbildungslager seiner Organisation 'Al-Qa'eda' ("die Führung") sowie von Kashmir-Rebellen abgefeuert. Sie beschuldigen ihn, für die Bombenattentate auf die US-Botschaften in Nairobi und Daressalam verantwortlich zu sein, und haben eine Kopfpfremie von fünf Millionen Dollar auf ihn ausgesetzt. Die Taleban haben mehrmals eine Auslieferung Bin Ladens abgelehnt, den sie als "Gast" bezeichnen, solange es keine Beweise gegen ihn gebe. Sollten ihnen solche übergeben werden, seien sie bereit, Bin Laden selbst vor Gericht zu stellen.

Saudi-Arabien geht auf Distanz

Mit Kronprinz Abdallah hat erstmals ein hoher saudischer Politiker bestritten, daß die Taleban die Unterstützung seines Landes genössen. Laut 'Radio Teheran' begründete er das am 9. November damit, daß es ihnen nicht gelungen sei, "den Frieden in dem kriegszerrissenen Land wiederherzustellen". Abdallah hatte in Teheran Gespräche mit dem iranischen Außenminister Kamal Kharrazi geführt.

Einen Monat zuvor hatte Saudi-Arabien noch seine diplomatischen Beziehungen zu den Taleban herabgestuft und deren Vertreter ausgewiesen, nachdem sie sich geweigert hatten, Usama Bin Laden auszuliefern. Dann erklärte Innenminister Prinz Nayef der 'Arab Times', sein Land glaube nicht, daß Bin Laden gegen Saudi-Arabien agiere. Bin Laden sei auch nicht in die ihm vorgeworfenen Attentate verwickelt. Beob-

achter vermuten, das saudische Königreich wolle die noch immer mächtige Familie Bin Ladens - die ihn offiziell ausgestoßen hat - nicht verärgern.

Hilfsorganisationen dürfen wiederkommen

Die Taleban wollen nach eigenen Angaben neun ausländischen Hilfsorganisationen die Rückkehr nach Afghanistan erlauben, meldete die 'Neue Zürcher Zeitung' am 5. November. Die Organisationen aus Deutschland (Welthungerhilfe, Friedensdorf), Schweden (Afghanistan-Komitee), Dänemark (DACAR), den USA (International Assistance Mission), den Niederlanden (Afghanistan-Komitee), der Schweiz (terre des hommes) und Frankreich (Action Contra le Faim) hätten zugestimmt, Quartier im 'Polytechnischen Institut' in Kabul zu beziehen. Im Juli waren 35 Hilfsorganisationen des Landes verwiesen worden, weil sie sich eben dagegen geweigert hatten.

Dem war am 23. Oktober die Unterzeichnung eines elf Punkte umfassenden "Sicherheitsabkommens" zwischen der UNO und den Taleban vorausgegangen, in dem die Taleban Garantien über die Sicherheit von UN-Personal in Afghanistan übernehmen. Sie hatten zudem einen afghanischen UN-Mitarbeiter freigelassen und verpflichten sich, "zufriedenstellende" Berichte über die Ermordung von drei weiteren UN-Mitarbeitern - ein Italiener und zwei Afghanen - vorzulegen. Der Taleban-Planungsminister Qari Din Muhammad erklärte, im Falle des Italiensers Carmine Calo seien zwei Pakistaner verhaftet worden.

Morde an Najib-Anhängern

Der Schwager des früheren afghanischen Präsidenten Najibullah ist am 2. November vor seinem Haus in einem Vorort Peshawars erschossen worden. Mohammed Hashim Bakhtiar hat die Taleban beschuldigt, für den Mord an dem Ex-Präsidenten verantwortlich zu sein. Familienmitgliedern zufolge habe er daraufhin Morddrohungen erhalten und sich entschlossen, nach Schweden auszureisen. Niemand bekannte sich zu dem Anschlag. Zuvor war in Quetta der ehemalige Verteidigungsminister Nazar Muhammad - nach anderen Angaben: Raz Muhammad (Anm. d. A.: es gab beide) - ermordet worden.

SAS half Mujahedin

Der britische SAS hat während des Krieges gegen die Sowjetunion afghanische Mujahedin an US-Flugabwehrraketen des Typs 'Stinger' ausgebildet. Das berichtete die Londoner 'Times' am 4.

November unter Berufung auf einen langjährigen SAS-Angehörigen. Die Ausbildung habe in Golfstaaten, aber auch in Großbritannien selbst stattgefunden. Dazu seien Mujahedin-Kämpfer heimlich ins Land "geschmuggelt" worden. Dies sei auf Bitte der CIA erfolgt, weil die 'Stinger'-Mission laut US-Gesetzeslage geheimhalten mußte.

Buddhas unter Feuer

Im zentralafghanischen Bamian-Tal hat ein Taleban-Panzerkommandant zwei Granaten auf eine berühmte, 36 Meter hohe, weibliche Buddhafigur abgefeuert. Die Schüsse hätten "klaffende Löcher" im Gesicht und im Bauchbereich des rund 1.800 Jahre alten Kunstwerks hinterließen, berichteten aus Bamian geflohene Afghanen der Londoner 'Times'. Zusammen mit einer benachbarten, nur 100 Jahre jüngeren Figur, mit 53 Metern Höhe der größte stehende Buddha der Welt, bildete das beschädigte Bauwerk einst eine der wichtigsten Touristenattraktionen des Landes. Die Taleban beilten sich, den Zwischenfall herunterzuspielen. "Wir versuchen, unsere historischen Monumente zu erhalten. Es ist nicht die Politik der Taleban, unser kulturelles Erbe zu zerstören", erklärte Muhammad Naim Sufi, ihr Direktor für Planung und auswärtige Beziehungen. Ihr Sprecher Abdulhai Mutmain gab bekannt, der für die Zerstörung Verantwortliche sei verhaftet worden, Taleban-Chef Mullah Muhammad Omar habe angeordnet, die Statuen künftig bewachen zu lassen.

Aber bereits im Sommer 1997 hatte ein Taleban-Befehlshaber angekündigt, er wolle die Buddhas zerstören, um damit den Sieg über die in Bamian ansässige Minderheit der Hazara symbolisch zu untermauern. Erst Druck der Vereinten Nationen führte dazu, daß Taleban-Chef Mullah Omar ihn zurückpiffte.

Taleban mit Außenstellen

Die Taleban sollen in Kashmir 28 Ausbildungslager unterhalten, um dortige Aufständische zu trainieren. Dies behauptete ein Maulana Mohammad Qasim, der sich als afghanischer Taleban-Kommandant bezeichnete, gegenüber zwei kashmirischen Zeitungen. Der Urdu-Zeitung 'Auqab' sagte er, die Camps mit 1.350 Rekruten würden von einer Gruppe namens 'Lashkar-e Haider' geführt, die in ständigem Kontakt mit Usama Bin Laden stehe. Der englischsprachigen 'State Times' erklärte er, die einheimischen Kämpfer seien nicht "gut genug, deshalb sind wir hier in Kashmir". Taleban-Sprecher Maulawi Wakil Ahmad Muttawakil dementierte die Berichte und erklärte, ein Taleban-Kom-

mander namens Mohammad Qasim sei ihnen unbekannt. Die Berichte seien Teil der "Propaganda gegen die Taleban". Zuvor hatte die pakistanische Tageszeitung 'Jang' unter Bezug auf die indische Polizei gemeldet, in Kashmir seien bei zwei Feuergefechten bei Hardwara bzw. in einem Vorort von Srinagar insgesamt acht afghanische Söldner erschossen worden.

Auch in Bangladesh nahm die Polizei Anfang November zwei bei den Taleban ausgebildete und bewaffnete Muslim-Extremisten bei ihrer Wiedereinreise fest. Sie sollen Ausbilder der Gruppe 'Harjakat-ul Mujahid Bahini' sein, die über Basen im Bandarban Hill District im Südosten des Landes verfügen soll. Angaben der Verhafteten zufolge sollen sich 200 Mitglieder der Gruppe im vorigen Jahr in Afghanistan den Taleban angeschlossen haben. Schon 1996 sei ein Ausbildungslager der Gruppe bei Cox's Bazar entdeckt und 44 Personen verhaftet worden sein. 41 von ihnen wurden in diesem Jahr zu lebenslanger Haft verurteilt. Einen Tag vor dem jetzigen Vorfall hatte die Polizei Bangladeshs fünf Personen festgenommen, die mit Usama Bin Laden verbunden sein sollen.

Mohn ja, Heroin nein

"Der Anbau von Mohn ist nicht gegen den Islam, aber die Herstellung von Drogen daraus - einschließlich von Heroin - ist gegen die Lehren des Islam". Dies erklärte Taleban-Minister Maulawi Kalamuddin, der Chef der Religionspolizei, Anfang November. Seine Bewegung sei aber bereit, auch den Mohnanbau zu stoppen, "wenn die Vereinten Nationen und die entwickelten Länder Unterstützung bereitstellen", fügte er hinzu. Dabei gehe es darum, den afghanischen Bauern alternative Kulturen zu ermöglichen. Schon zuvor hatte Taleban-Chef Mullah Omar eine Beendigung des Mohnanbaus von einer "bedingungslosen" Anerkennung seines "Islamischen Emirats Afghanistan" durch die UNO abhängig gemacht. Bisher sind Steuern auf den Opiummohnanbau eine der Hauptfinanzquellen der Taleban. Sie verlangen 12,5 Prozent des Verkaufserlöses von den Bauern.

Laut UN-Drogenkontrollprogramm erhöhte sich die Fläche des Opiummohnanbaus in Afghanistan in diesem Jahr um neun Prozent und dehnte sich auf zwei weitere Provinzen aus. Wegen schlechter Wetterbedingungen wurden aber nur schätzungsweise 2.100 Tonnen geerntet, ein Viertel weniger als 1997. Wieviel des Rohopiums schon im Taleban-Gebiet weiterverarbeitet wird, ist unbekannt. Beschlagnahmungen hätten aber gezeigt, daß "beträchtliche Mengen" davon bereits in Afghanistan

oder im Grenzgebiet in Morphinbase oder Heroin verwandelt würden. Schätzungsweise leben in Afghanistan 1,4 Millionen Menschen vom Mohnanbau und ihr Gesamteinkommen aus dem Verkauf des Rohopiumps beläuft sich auf 69 Millionen Dollar.

Taleban: Flüchtlinge sollen in Iran bleiben

Mit der Begründung, sie hätten nicht die Ressourcen, um Nahrungsmittel und Behausungen zur Verfügung zu stellen, hat die Taleban-Führung Anfang November Iran aufgefordert, keine afghanischen Flüchtlinge mehr zurückzuschicken. Außerdem solle sich die UNO um die Rückkehrer kümmern. Iran habe "täglich hunderte" Flüchtlinge in die Grenzprovinzen Herat und Nimruz zurückgeschickt, so Taleban-Sprecher Maulawi Wakil Ahmad Muttawakil. Dem Taleban-Botschafter in Pakistan, Maulawi Said-ur-Rahman, zufolge seien zudem 60 afghanische Flüchtlinge in den letzten Monaten in Iran getötet worden. Ein hoher Beamter des iranischen Innenministeriums hatte zuvor angekündigt, die schätzungsweise mehreren Hunderttausende illegalen afghanischen Flüchtlinge müßten sich bis zum 21. November registrieren lassen und dann ausreisen. Er teilte ferner mit, seit Beginn des iranischen Jahres (21. März) hätten über 30.000 Afghanen das Land freiwillig verlassen. Gegenwärtig lebten noch etwa 1,5 Millionen afghanischer Flüchtlinge legal im Land. Während der sowjetischen Besetzung waren es zeitweilig etwa 3,5 Millionen.

Bridas will Pipeline bauen

Die argentinische Ölfirma Bridas will nicht auf den Frieden warten und schon vorher die umstrittene 'Trans-Afghanistan-Pipeline' zwischen Turkmenistan und Pakistan bauen. Der Kabuler Bridas-Vertreter Muhammad Omar Kakar sagte Ende Oktober, der Bau könne sofort nach Abschluß eines Abkommens mit den Taleban beginnen. Bridas brauche dafür auch kein Geld internationaler Institutionen, spielte er auf die Weigerung der Weltbank an, das Konkurrenzprojekt des US-Konzerns UNOCAL entlang derselben Trasse zu finanzieren. Unocal hatte nach öffentlichem Druck in den USA das Projekt auf Eis legen müssen "bis eine stabile Regierung in Afghanistan herrscht, die von den Vereinten Nationen akzeptiert wird".

Business mit den Taleban

Eine Gruppe westlicher Investoren hat der BBC zufolge Anfang November in Afghanistan offizielle Gespräche mit den

Taleban-Ministerien für Kommunikation und für Bergbau und Industrie geführt. Laut AFP habe sich dabei ein Konsortium mit südafrikanischer, britischer, französischer, deutscher, pakistanischer und US-Beteiligung gebildet, das die Kupfermine von Ainak, 35 Kilometer südlich von Kabul in der Provinz Logar, zur weltgrößten Kupfermine entwickeln soll. Sowjetische Bergbauspezialisten hätten dort bereits während der Besetzung des Landes große Lagerstätten festgestellt. Bereits in den nächsten zwei Monaten sollen erste Voruntersuchungen, Teil einer Investitionsplans von 1 Milliarde Dollar, beginnen. Erste Ergebnisse über die genaue Größe der Vorkommen und die Kosten zu ihrer Förderung sollen bis Mai 1999 vorliegen. Außerdem sollen zwei Goldminen bei Kandahar und in der Provinz Zabul erschlossen und das Zementwerk in Herat wieder aufgebaut werden. Auch die Installation eines neuen Telekommunikationssystems ist vorgesehen. Der chinesischen Nachrichtenagentur 'Xinhua' zufolge hätten auch Vertreter des deutschen Siemens-Konzern zu der Delegation gehört. Taleban-Sprecher Maulawi Wakil Ahmad Muttawakil bezeichnete den Besuch als "große und unerwartete Entwicklung".

Kirgisistan fängt Munitionszug ab

Die kirgisische Geheimpolizei KNB hat Ende Oktober einen Zug mit 700 Tonnen Munition abgefangen. Die als humanitäre Mehllieferung getarnte Ladung stammte aus Iran und war für den letzten bedeutenden Taleban-Gegner, Ahmad Shah Masud, bestimmt. KNB-Chef Misir Aschirkulow teilte mit, der Zug sei an den Absender zurückgeschickt worden. Als der Zug, der schon Turkmenistan und Usbekistan durchquert hatte, am 10. Oktober in der Stadt Osch kontrolliert wurde, seien Handgranaten, Panzerminen, Infanterie- und Artilleriemunition sowie Werfergranaten entdeckt worden.

Neuer UN-Chef für Humanitäres

Der Niederländer Erick De Mul ist seit 30. Oktober neuer UN-Koordinator für Afghanistan. Zuletzt war er Direktor des 'Liaison Office' des UNDP in Brüssel. Er folgt dem Schweizer Witschi-Cestari.

Reorganisation der Anti-Taleban-Allianz

Ein Treffen der wichtigsten Führer der Anti-Taleban-Allianz fand der 'Frontier Post' (Peshawar) zufolge Ende Oktober im nordafghanischen Taloqan statt. Neben Gastgeber Ahmad Shah Masud hätten daran General Abdul Malik Pahl-

wan, Ustad Mohaqiq, Chef einer der drei Fraktionen der schiitischen 'Hezb-e Wahdat' sowie Vertreter General Abdurashid Dostums und der 'Hezb-e Islami' Hekmatyars teilgenommen. Masud soll dabei General Malik zu seinem Stellvertreter ernannt haben. Gleichzeitig, so der Bericht weiter, bemühe sich Iran gegenwärtig, die Fraktionen der 'Hezb-e Wahdat' unter Führung von Qurban Ali Turkmeni wiederzueinigen. Türkische und iranische Bemühungen, die beiden usbekischen Warlords General Dostum und General Malik aus Nordafghanistan wiederzueinigen, seien gescheitert. Deshalb ließ sich Dostum, der ebenfalls zur Allianz gehörte, in Taloqan vertreten. Die 'Wahdat' war Anfang August von den Taleban geschlagen und aus ihrem Hauptquartier Bamian vertrieben worden. Ihre Kämpfer waren teilweise übergelaufen, teilweise in die Berge geflohen.

Tajikistan dementiert

Das tajikische Außenministerium dementierte Ende September pakistanische Presseberichte, denen zufolge Ahmad Shah Masud etwa 80 kriegsgefangene Taleban nach Tajikistan ausgefolgt habe. Die Regierung in Dushanbe hatte Masud auf Druck Rußlands einen Luftstützpunkt zur Nutzung überlassen.

Lebenszeichen vom König

Der frühere König Muhammad Zahir Shah hat seinen Schwiegersohn Sardar Wali zu Gesprächen mit Taleban-Chef Mulla Omar nach Kandahar geschickt. Der Ex-König habe ihm eine Botschaft mit dem Vorschlag eines Waffenstillstands und zur Bildung einer Interimsregierung gesandt. Zahir Shah, der in Italien lebt und weit über 70 Jahre alt ist, hatte sich bereits mehrmals erfolglos in Friedensbemühungen eingeschaltet. Er war 1973 durch einen familieninternen Putsch gestürzt worden.

Taleban schaffen Kindersoldaten ab

Offenbar im Bestreben, ihren angeschlagenen internationalen Ruf aufzupolieren, hat Taleban-Chef Mullah Omar über das Radio angeordnet, alle "zu jungen" Kämpfer, denen "noch kein Bart wächst", aus ihren Kampftruppen zu entfernen. Verletzungen dieser Anweisung würden streng bestraft. Die Taleban hatten sich früher bereits gegen den Einsatz von Landminen ausgesprochen.

Steuer oder Wehrdienst

Die Basarhändler in der ostafghanischen Provinz Khost haben wegen neuer

Steuern ihre Läden in einem Streik geschlossen. Sie protestieren gegen die ihnen von den Taleban neu auferlegte 'Zakat'-Steuer. Die Taleban hatten erklärt, sie könnten davon ausgenommen werden, wenn eine Familie mindestens ein Mitglied in die ihre Kampftruppe schicke.

Neue Verbote ...

Die Religionspolizei der Taleban hat es untersagt, daß künftig Schneider in Afghanistan bei ihren weiblichen Kunden die Maße nehmen. Friseure wurde es untersagt, ihren Kunden die Bärte auf "unislamische Weise" zu beschneiden. Im großenteils schiitischen Mazar-i Sharif verboten sie im Heiligtum Rauza-ye Ali bestimmte abergläubische Riten wie das Umschreiten des Katafalks. Zudem ermahnte Taleban-Chef Mullah Omar alle Afghanen, ihre Gebete korrekt aufzusagen. In etwa zwei Monaten werde ein Moratorium auslaufen, nach denen inkorrekte Gebete ebenfalls bestraft würden. Vier Monate zuvor hatte er alle lokalen Mullahs aufgerufen, dafür zu

sorgen, daß alle Einwohner fünfmal täglich ihr Gebet verrichten. Außerdem sollten sie ihnen "die korrekten Methoden des Gebets" vermitteln. Die Religionspolizei würde Stichproben bei Bürgern vornehmen, die religiöse Fragen beantworten und arabische Verse aus dem Koran zitieren mußten.

... und Frauenrechte

Taleban-Chef Mullah Omar hat per Dekret untersagt, Frauen zur Beilegung von Familien- oder Stammesstreitigkeiten zu verheiraten. Zudem müssen bei einer Heirat beide Partner zustimmen. Auch Witwen dürften nicht gezwungen werden, gegen ihren Willen Verwandte ihres verstorbenen Ehemannes zu ehelichen.

Doppelte Moral

Die Taleban haben Ende Oktober im Stadion von Kabul drei hochrangige Mitglieder ihrer gefürchteten Religionspolizei öffentlich auspeitschen lassen, darunter Qari Wudud, Chef der Inspekti-

onsabteilung, und Mawlawi Shera Jan, Chef der Geheimdienstabteilung. Den drei Männern wurde die Annahme von Bestechungsgeldern vorgeworfen - ein Anzeichen dafür, daß die rigiden Moralvorstellungen der Bewegung auch in den eigenen Reihen nicht eingehalten werden.

Kein Boxen mit Bart

Ausgerechnet im Sport sind den Taleban ihre rigiden Haartracht-Vorschriften jetzt auf die eigenen Füße gefallen. Bei einem internationalen Boxturnier in Pakistan schlossen die Veranstalter das Taleban-Team aus, weil die internationalen Vorschriften den Start von vollbärtigen Boxern untersagen. In Afghanistan müssen Männer jedoch einen Vollbart tragen. Abdul Shukur Mutmaen, Chef des 'Olympischen Komitees' der Taleban (so etwas gibt es tatsächlich!) legte sich auch mit dem NOK Thailands an. Dies hatte es abgelehnt, einer Taleban-Mannschaft die Anreise zu einem Wettkampf zu bezahlen.

Präventivprojekte zur Versorgung der afghanischen Bevölkerung

Text und Photos von Sobeir Zediqian

Wir dokumentierten Auszüge des Redebeitrags zum 'Siebten Entwicklungspolitischen Forum: Migration innerhalb und aus Entwicklungsländern' in der Karl-Arnold Akademie in Bonn vom 17. bis 20.9.1998.

Es ist paradox den Begriff von Prävention zu verwenden, denn bekanntermaßen stammt er aus dem medizinischen Bereich. Er umschreibt die Ergreifung vorbeugender Maßnahmen zur Versorgung und zum Schutze der Menschen - ungeachtet ihrer Zugehörigkeit zu einer Volksgruppe oder Nation. Doch gerade dieses Jahr hinterläßt für Afghanistan in jeder Hinsicht - auch medizinisch - bleibende Probleme. Neben den nationalen und internationalen Spannungen und ihrer gewaltsamen Entladung, brachte auch das Erdbeben im Norden des Landes katastrophale Folgen für die Zivilbevölkerung. Deswegen müssen wir gemeinsam fundamentale, dauerhafte und partizipative Präventivprojekte entwickeln und versuchen alle zur Rettung dieses tapferen aber leidenden Volkes erforderlichen Schritte zu unternehmen.

Ich bin überzeugt, daß nicht nur die Bevölkerung Afghanistans gezwungen sein wird, vielfältige Präventivprojekte zur Versorgung der Bevölkerung vor Ort und in den Nachbarstaaten zu errichten. Es gilt hierbei medizinischen Mißständen vorzubeugen und ein Krisenmanagement für Naturkatastrophen, Epidemien oder Kriege mit Massenfluchtbewegungen, möglich zu machen. Zusätzlich muß auch antihumanistischen, ungerechten und unliberalen Erscheinungen entgegen-

gewirkt werden. Meines Erachtens muß für Afghanistan in erster Linie ein Projekt gegen eurozentrischen Kulturimperialismus und christliche Missionierungsversuche ausgearbeitet werden. Nur so kann sich das Volk von der Vormundschaft anderer Mächte befreien.

Die Präventivprojekte für Afghanistan müssen stabil, fundiert und auf partizipative Weise, mit den jeweiligen Bevölkerungsgruppen ausgearbeitet werden. Sie müssen auch langfristig auf die Rehabilitation der Betroffenen angelegt werden und sollen und können sowohl im Lande selbst, als auch in den Randgebieten Irans und Pakistans, durchgeführt werden. In den Nachbarstaaten sollen Notprojekte für die afghanischen Flüchtlinge neue Strukturen schaffen, die in ihre jeweiligen Heimatgebiete in Afghanistan transferiert werden können. Dies schafft eine Grundlage für ihre Rückkehr und Rehabilitation bzw. Existenzgründungen in ihrer Heimat.

Um die Situation der afghanischen Bevölkerung aufzuzeigen verweise ich auf jüngere Statistiken der 'Deutsche Stiftung Weltbevölkerung' von 1998. In Afghanistan leben etwa 38 Menschen pro Quadratkilometer. Dies ist nach westlichen Maßstäben nicht bedrückend, aber die weiteren Zahlen verdeutlichen die Hauptdilemmata und die permanente Unterversorgung der afghanischen Bevölkerung, als Folge der anhaltenden Kriegs- und Krisensituation.

Vor der sowjetischen Invasion hatte Afghanistan ca. 17 Millionen Einwohner - in Folge des Krieges starben zwischen drei und vier Millionen Menschen. Nach dem Abzug